

SPERRFRIST:

1. Mai 2021, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Anja Piel

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

1. Mai 2021

Hannover



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lieber Nicola Lopopolo, lieber Belit Onay,

ich freue mich sehr heute an diesem besonderen Tag in der DGB-Region Niedersachsen-Mitte zu sein. Dies ist meine erste Mai-Rede in der Funktion als Vorstandsmitglied des DGB. Wir haben auf diesem Platz gemeinsam schon so viele Male für die Demokratie und gegen Rechte und Feinde der Demokratie gestanden, und werden es auch weiterhin gemeinsam tun, das ist sicher. Dieser 1. Mai ist aber deswegen ein besonderer Tag, weil es der Tag der Arbeitnehmerbewegung, der Tag der Gewerkschaften und damit unser Tag ist!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was uns alle im Kern ausmacht und antreibt ist die Kraft und das Wissen der Vielen, die Kraft der Solidarität. Wie oft aber haben wir schon im Schulterschluss unsere Wirkungsmacht bewiesen? Wie oft haben wir dabei unsere Forderungen an gesellschaftliche Veränderungen und Bedingungen und neue Herausforderungen angepasst und sie gemeinsam angepackt? Wir widersprechen, wir korrigieren, wir feiern Errungenschaften, aber wir ruhen uns niemals darauf aus. Veränderungen sind uns ein Handlungsauftrag, wir gestalten Veränderungen mit. Und genau dafür braucht es die Kraft der Vielen, dafür braucht es uns!

Unser Motto zum 1. Mai ist in diesem Jahr „Solidarität ist Zukunft“! Wichtiger denn je im zweiten Jahr der Corona-Pandemie! Solidarität ist und muss unsere Antwort auf die Krise bleiben.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen heute am 1. Mai für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Tarifverträge, gute Bildung, sichere Renten und eine sozial gerechte Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der DGB, die Gewerkschaften und die Betriebs- und Personalräte mussten in der Corona-Pandemie schnell reagieren auf politische Regelungen. **Auf die Regelungen**, die helfen, diese Pandemie in den Griff zu kriegen. Und das haben wir getan, verantwortungsvoll und mit einem wachsamem Blick auf Demokratie und die Rechte der Beschäftigten: **Wir zeigen, was Solidarität heißt!**

Weltweit wird unser Modell der **Kurzarbeit** kopiert. Es ist der erprobte und wirksame Impfstoff gegen Massenarbeitslosigkeit. Wir haben das Kurzarbeitergeld sogar in der Krise noch besser gemacht. Bis Ende 2021 gibt es bis zu 87 Prozent des normalen Lohns. Auch konnten wir in vielen Tarifverträgen regeln, dass das Geld noch aufgestockt wird.

Solidarität ist für uns: In der Krise Beschäftigung zu sichern!

Insolvenzen verhindern und Arbeitsplätze sichern – das ist neben der Pandemiebekämpfung unser Ziel. Das geht aber nicht mit **Schuldenbremsen und schwarzer Null**. Einer Krise kann man nicht hinterher sparen. Fürs Erste hat die Bundesregierung gelernt. Sie hat schnell Geld in die Wirtschaft gepumpt, um eine größere Pleitewelle zu verhindern. Wir haben uns für diese Hilfsprogramme stark gemacht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Pandemie trifft auch **Soloselbständige**. Für sie wurde der Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtert, bürokratische Prüfungen ausgesetzt und Rückforderungen erspart. **Das ist für uns auch gelebte Solidarität!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da, wo es geht, arbeiten viele seit über einem Jahr im **Home Office**. Aber: Home Office braucht klare Regeln, Arbeitszeit muss erfasst werden. Die Erreichbarkeit braucht klare Grenzen- keine unbezahlten Überstunden, keine Arbeitsaufträge nach Feierabend - **Finger weg vom 8-Studentag. Finger weg von den Ruhezeiten und der Sonntagsruhe.**

Arbeit rund um die Uhr und permanente Erreichbarkeit machen krank. Wir fordern ein eigenes Mitbestimmungsrecht im Gesetz für mobiles Arbeiten.

Ob in der Krise oder danach, Menschen, die zuhause arbeiten, brauchen Kontakt zu Arbeitnehmervertretungen – Betriebs- und Personalräte brauchen deshalb ein **"digitales Zugangsrecht"**, um die Beschäftigten auch digital zu erreichen.

Klare Spielregeln für Mobiles Arbeiten und Home Office – inklusive Ausstattung und Gesundheitsschutz. Doch seit Monaten mauert die Union in der Koalition: Dabei zeigt sich gerade in der Krise, wie wichtig ein solcher Schutz ist.

Deswegen kämpfen wir für digitale Solidarität

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Arbeit darf nicht krank machen, das treibt uns als Gewerkschaften an. Beschäftigte müssen geschützt werden und gesund bleiben. Und das **klappt in Unternehmen mit Betriebsräten einfach besser**: Schichten zu entzerren und für die Einhaltung der Hygieneregeln zu sorgen. Mitbestimmte Unternehmen kommen besser durch Krisen, denn nur gemeinsam kann man solche Herausforderungen bewältigen – ob in Betrieb oder Gesellschaft.

Alles andere als solidarisch waren aber die Zustände in der Fleischwirtschaft. Und eines sage ich ganz klar: So schwere Arbeit unter so **menschenunwürdigen Bedingungen wollen wir nicht**, ganz egal, ob die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, aus Polen, Bulgarien oder aus Rumänien kommen! Seit Jahren sprechen wir mit Berater_innen in Niedersachsen und anderswo, gerade war ich wieder vor Ort mit den Kolleg_innen von Faire Mobilität und habe dort mit

den Beschäftigten bei Tönnies gesprochen. Die Menschen dort brauchen vernünftige Tarifverträge und es muss endlich **Schluss sein mit der Ausbeutung!**

Das Arbeitsschutz-Kontrollgesetz war ein erster Schritt. Ein Skandal, dass in der Fleischwirtschaft die dritte Tarifverhandlung über bessere Bedingungen für die rund 160.000 Beschäftigten ohne Ergebnis blieb. **Es gibt also immer noch keinen deutschlandweiten Tarifvertrag mit der NGG!**

Kolleginnen und Kollegen der NGG haben in den vergangenen Wochen protestiert und gestreikt. Dabei haben sich viele polnische und rumänische Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Ich weiß auch, dass sich Hunderte der ausländischen Kolleginnen und Kollegen entschlossen haben, Mitglied bei der NGG zu werden, um gemeinsam zu kämpfen. Ich möchte euch sagen, dass ich auf diese Entwicklung ungemein stolz bin. **Wenn wir es schaffen, so weiterzumachen, dann setzen wir unsere Forderungen gemeinsam durch. Denn nur so kann es gehen. Wir werden weiter gemeinsam kämpfen!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Jetzt werdet ihr fragen, was ist mit den vielen tausend Erntehelfer_innen?

Muss es diese Ausbeutung geben jedes Jahr wieder auf dem Rücken der zahlreichen Wanderarbeiter aus dem Ausland, damit Obst und Gemüse auf unserem Teller landen?

Die IG BAU, die Berater von „Faire Mobilität“ und „Arbeit und Leben“, machen seit Jahren auf die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse aufmerksam. In der Corona-Krise wurde klar: Ernte geht nicht ohne diese Beschäftigten – aber verdienen sie nicht deshalb umso mehr Wertschätzung und gute Löhne, Krankenversicherung und ordentliche Quartiere?

Erntehelferinnen und Erntehelfer arbeiten hart, ohne Krankenversicherung und Rentenansprüche. Solche Sonderregelungen für Saisonarbeit gehören abgeschafft, sie legen die Axt an unseren Sozialstaat. Denn diese ursprüngliche Ausnahmeregelung war für Ferienjobs gedacht. Wieder einmal wird deutlich, was für Ministerin Julia Klöckner Vorrang hat:

eben nicht das Wohl derer, die für uns die Erntearbeit erledigen, sondern vor allem die Interessen der Agrarlobby.

Wir sagen: Solidarität endet nicht an Grenzen Deutschlands und auch nicht an den Grenzen Europas!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas auf Ungerechtigkeit. Sie hat die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. **Prekär Beschäftigte** waren in der Krise die ersten, die auf der Straße landeten. Die Corona-Krise hat die Situation von Beschäftigten in **befristeten Jobs** weiter verschärft. Befristung bedeutet immer Unsicherheit. Besonders schlimm sind befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund. Und deshalb geht unsere Botschaft raus an die Große Koalition:

Macht endlich Schluss mit dem irrsinnigen Befristungswahnsinn! **Wir wollen die Abschaffung von Befristung ohne sachlichen Grund. Wir sind solidarisch mit allen Beschäftigten!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und wisst ihr was mich richtig ärgert? Wo bleiben die jungen Menschen in der Corona-Krise? Die in Ausbildung und Studium werden vergessen. Wir sprechen hier nicht einfach bloß von Einschränkungen im Lernalltag. Es geht um gefährdete Existenzen! Die Situation auf dem **Ausbildungsmarkt** ist total schwierig! Noch nie wurden so wenige Ausbildungsverträge abgeschlossen wie im letzten Jahr. Wir wollen nicht, dass junge Leute auf der Strecke bleiben, wir wollen **keine „Generation Corona“**, die in einer Fachkräftekrise endet. Diejenigen, die jetzt nicht ausbilden, werden später die ersten sein, die den **Fachkräftemangel** beklagen.

Auch haben viele **Studierende** ihre Nebenjobs in der Kneipe oder auf der Messe verloren und nicht wenige von ihnen mussten wieder zu ihren Eltern ziehen. Bildung muss aber allen jungen Menschen offen stehen – unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. **Deshalb fordern wir ein starkes BAföG! Ein BAföG, das die Kosten für Wohnen und Leben ebenso deckt, wie die Kosten fürs Studium.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Krise hat aber auch die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern befeuert. Die „Gender Gaps“ sind noch sichtbarer geworden. **Corona schleudert Familien zurück in alte Rollenbilder und das macht mich wütend.** Für mich steht ganz oben auf der Agenda bei der Krisenbewältigung: Diese Ungleichheit müssen wir überwinden. **Wir kämpfen an dieser Stelle leidenschaftlich gemeinsam – denn Solidarität ist Zukunft!**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit darf nicht arm machen – das ist auch eine Frage der Würde – von einer Vollzeitarbeit muss man auch ohne staatliche Aufstockung leben können! Gleiches gilt für die Rente. **Vollzeitarbeit und Rente** müssen für ein gutes Leben reichen! Dafür werden wir so kämpfen, wie damals für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Aber ein **Mindestlohn** von 9,50 Euro pro Stunde ist immer noch viel zu niedrig. Von einem armutsfesten Lohn sind wir noch meilenweit entfernt. Wir brauchen einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir führen den Kampf für einen **starken Sozialstaat**. Denn nur ein starker Sozialstaat kann Sicherheit im Wandel garantieren! Menschen in unserem Land müssen sich auf ihn verlassen können. Die Herausforderungen für die **sozialen Sicherungssysteme** sind durch die Krise nicht kleiner geworden! Langfristige Leistungsfähigkeit und hohes Leistungsniveau können nur durch solidarische Lösungen garantiert werden. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Rente. **Die Einführung der Grundrente war ein längst überfälliger Schritt**. Aber gerade Selbstständige sind im Alter besonders oft von Armut betroffen.

Wir müssen endlich eine **Erwerbstätigen-Versicherung** einführen, auch für alle Selbstständigen. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, Ökonomisierung und Privatisierung haben tiefe Spuren im Sozialstaat und bei der öffentlichen Daseinsvorsorge hinterlassen. Ungleichheit und Spaltung steigt, wenn die Versorgungssicherheit der Menschen leidet. Die **Beschäftigten im Gesundheitswesen**, in den Bildungsbereichen und in der Pflege verdienen **gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Aber auch dringend deutlich mehr Personal**. Es reicht nicht aus, wenn die Politik den Beschäftigten für ihren tagtäglichen Einsatz applaudiert.

Bei der Pflege bleibt Spahn die versprochene Entlastung schuldig. 13.000 Stellen kündigte er mit seinem Sofortprogramm an, umgesetzt hat er davon bisher nur ein Viertel. Wenig überraschend: Miese Bezahlung, Dauerstress bei ständig wachsender Verantwortung, wenig Freizeit und dazu der tägliche Frust, dem eigenen Anspruch an gute Pflege in der Hetze des Alltags nicht nachzukommen;

Für wen zur Hölle soll Pflegearbeit unter solchen Bedingungen denn attraktiv sein? Außer mitfühlender Worte und falscher Versprechungen gibt's nichts von Spahn. Auch der allgemeinverbindliche Tarifvertrag, mit dem Arbeitsbedingungen und Bezahlung endlich besser werden sollten, kommt nun nicht. Die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas hat ihr Veto eingelegt. Es reicht eben nicht, wenn der Gesundheitsminister den Pflegekräften vornehm vom Balkon seiner schönen Villa in Berlin Dahlem Applaus spendet, vielmehr steht er bei Ihnen im Wort – für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung.

Dienstleistungen am Menschen, die meistens von Frauen ausgeführt werden, müssen einfach aufgewertet werden und zwar alle. Die Gesundheitliche Daseinsvorsorge muss sich vor allem nach den Bedarfen der Versicherten und der Beschäftigten richten. Die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen mit ihrer sozialen Selbstverwaltung haben sich bewährt. Sie funktionierten bisher – wir fordern deshalb, dass es nicht nur einen Rettungsschirm für die Ärzt_innen oder für die

Krankenhäuser gibt: **Wir brauchen einen Rettungsschirm für die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen**, denn mit ihnen finanzieren wir unsere Versorgung im Krankheitsfall und im Pflegefall.

Das Streben nach Renditen muss aufhören! Denn es geht um das höchste menschliche Gut, die Gesundheit!

Deswegen fordern wir unter anderem:

eine solidarische Finanzierung aller Sozialversicherungszweige

- ein paritätisch finanziertes, solidarisches und selbstverwaltetes Gesundheitssystem
- den Umbau der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung für Alle
- die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgervollversicherung
- ein gesetzliches Rentenniveau von mindestens 48 Prozent – ohne dass die Regelaltersgrenze angehoben wird.
- eine gesetzliche Rente, die Allen im Alter ein Leben in Würde ermöglicht und Ausdruck der Anerkennung von langjähriger Beitragszahlung ist, einschließlich Zeiten der Kindererziehung und Pflege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Pandemie ist eine enorme Belastung für unsere gesamte Gesellschaft. Es ist nachvollziehbar, wenn viele Menschen gestresst und frustriert sind, Ängste und Sorgen haben und die Krisenpolitik der Bundesregierung kritisch hinterfragen. Wir haben gesehen, dass Impfstoff- und Schnelltestbeschaffung nicht gerade optimal gelaufen sind.

Kritik an der Krisenpolitik sollte aber dort eine Grenze haben, wo die Gesundheit und das Leben Anderer gefährdet werden. Wer das Virus und seine Gefahren schlicht leugnet und darauf pocht, sich an keine Abstands- und Hygieneregeln halten zu wollen, kritisiert nicht die staatliche Autorität, sondern ist nur rücksichtslos und unsolidarisch.

Eine Pandemie aber als Vorwand zu nehmen, um Demokratieverachtung und Hass gegen Minderheiten ein Gehör zu verschaffen, ist unterste Schublade. Diese Betrüger haben sich inzwischen zu einer gefährlichen Mischung aus Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Verschwörungserzählern, Impfgegnern und Esoterikern zusammengefunden. Sie sind hoffnungslos unsolidarisch, unverantwortlich und stellen ihre wirren Anliegen über das Leben von Menschen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für uns Gewerkschaften war und ist jederzeit klar: Niemand darf das Gefühl haben, dass die eigenen Bedürfnisse in der aktuellen Krisenpolitik keine Rolle spielen. Wir haben immer für eine solidarische Krisenpolitik gekämpft. Wir haben die Ärmel hochgekrempt und uns für Alle starkgemacht. Wir haben bewiesen wie man solidarisch durch die Pandemie kommt, während die Querdenker Verschwörungsmymen verbreiten und gegen vermeintliche Sündenböcke hetzen. Mitgefühl, Hilfsbereitschaft und Mut zum Anpacken haben sie nicht zu bieten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir alle kennen die Folge von **Sozialen Spaltungen**: Sie befeuern **Rassismus**.

Im Februar vergangen Jahres wurden in Hanau 9 Menschen Opfer rassistischer Morde. Eine unfassbare Tat, die uns alle traurig und wütend zugleich gemacht hat. Die Morde von Hanau kamen nicht aus dem Nichts, sondern es gibt eine lange Tradition der Rechten Gewalt und Rassistischen Morde in der Bundesrepublik. Wir müssen alles dran setzen, solchen sinnlosen Gewalttaten den Nährboden zu entziehen. Die Namen der Opfer dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Es war übrigens eine gemeinsame Leistung und viel Arbeit des DGB und insbesondere des verstorbenen Kollegen Steffen Holz, dass wir es geschafft haben, die Nazis aus Bad Nenndorf zu vertreiben - übrigens eine Zusammenarbeit, die hier in Hannover auch dank der Klasse Leute bei der DGB Jugend immer klappt, wie z.B. bei dem Dambruch in Thüringen.

Hannover steht da in einer guten Tradition. Das gleiche gilt für die ökumenische Initiative für ein Solidaritätsfreitagsgebet nach dem schrecklichen Attentat in Neuseeland auf die zwei Moscheen 2019 – auch hier hat eine schnelle Initiative dazu geführt, dass Hannover konfessionsübergreifend Solidarität gezeigt hat.

Im Bekenntnis zum **Antifaschismus** sehen wir die Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit, Gewalt, Antisemitismus und jegliche Form von Diskriminierung als unsere Aufgabe, des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Das ist für uns alle hier eine Frage der Haltung, das sind wir auch unseren Kolleginnen und Kollegen gegenüber schuldig. **Viele unserer Gewerkschaftskolleg_innen haben eine Migrationsgeschichte, sind People of Color**, allein in der IG Metall sind es mehr als 500.000. Wir sind vielfältig, das macht uns stark. Durch Vielfalt sorgen wir jeden Tag dafür, dass die Gesellschaft gerechter wird. Wir stehen dafür, dass wir gemeinsam mehr erreichen.

Deswegen kämpfen wir auch am 1. Mai für Solidarität. Und diesen Tag lassen wir uns nirgendwo streitig machen - und erst recht nicht hier in Hannover.

Der 1. Mai ist unser Tag! Er gehört uns als Demokratinnen und Demokraten, die sich für eine solidarische, vielfältige und gerechte Gesellschaft stark machen! In diesem Superwahljahr, wenn zeitgleich mit der Bundestagswahl hier in Niedersachsen die Kommunalwahlen stattfinden, werden **wir gemeinsam zusammen stehen! Rechten Populisten und Nazis sagen wir klar den Kampf an. Wir stehen für Demokratie und Vielfalt! Diese widerliche Partei in blau ist keine Alternative, sie ist eine Gefahr!** Wir lassen nicht zu, dass diese Partei den Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausspielt. **Für uns ist Solidarität die Zukunft! Wir haben den Mut für Menschen zu kämpfen. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität ist unsere Antwort auf den Hass der Rechten!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität zu leben, bedarf aber auch **starker Mitbestimmung, in der Krise noch einmal mehr** – denn ihr, die Betriebs- und Personalräte, setzt euch in der Pandemie tagtäglich für gute und gesunde Arbeit ein. Ihr seid es, die dafür sorgen, dass der Arbeitsplatz ein sicherer Ort ist. Umso dramatischer ist es, dass die Reichweite der Mitbestimmung schrumpft. Um es ganz deutlich zu sagen: **Der Rückgang der Mitbestimmung bedeutet Demokratieverlust im Betrieb.**

Tarifverträge sind das wichtigste Instrument, um die Löhne, Arbeits- und damit auch die Lebensbedingungen der Beschäftigten flächendeckend zu verbessern. Beschäftigte mit Tarifvertrag stehen besser da als Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung. Deshalb muss die Tarifbindung wieder steigen.

Auch der Staat ist hier in der Pflicht. Wenn Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden, würde das vielen Beschäftigten helfen.

Deswegen **großen Respekt und Dank an alle Betriebs- und Personalräte** in den Betrieben und Dienststellen, die sich täglich für die Interessen der Belegschaft krumm legen. Für Mitbestimmung und faire Arbeitsbedingungen. Ihr seid die Stimme der Arbeit.

Unsere Solidarität gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich in aktuellen Tarifverhandlungen einsetzen. Insgesamt verhandeln die DGB-Gewerkschaften 2021 Vergütungstarifverträge **für mehr als zwölf Millionen Beschäftigte.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viel Erfolg für die kommenden Tarifrunden! Denn wie sagte schon August Bebel: „Arbeiter organisiert euch! Vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt seid ihr alles!“ Das gilt einmal mehr in der Krise!

Wir treten am 1. Mai für Solidarität ein. Wir spannen ein Netz der Solidarität über die Plätze und digitalen Foren und lassen uns nicht spalten – weil Solidarität die Zukunft ist.

Herzlichen Dank, auf bald und Glück auf!